

BürgerInnenbrief **Mitte**

18. Januar 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Leistungen & Prognosen +++ Hafen-Strukturkonzept +++ Mieten +++ SAGA +++ Events +++ LINKEN-Krise +++ GEW

Hamburger Wirtschaft: Leistungen & Prognosen



Ole von Beust erwartet ein schwieriges Jahr. 2010 werde »noch schwieriger als das Jahr 2009«, die Haushaltslage sei »unglaublich dramatisch«, und in den nächsten Jahren werde Hamburg »noch ganz schwere Zeiten« erleben. In diesem Fall wird der Erste Bürgermeister Recht behalten.

Die Wirtschaft ist in der Bundesrepublik im Jahr 2009 um 5% geschrumpft, und diese Verringerung des Wirtschaftsprodukts prägt auch die Hamburger Situation. Zwar nimmt der Welthandel wieder zu - mit 5% realem Wachstum rechnen die Konjunkturoperatoren für 2010 - und Hamburg könnte davon profitieren. Aber nach einer stagnierenden Ökonomie im letzten Quartal dürfte die Aufwärtsbewegung im Bund im Jahr 2010 bestenfalls bei 1% liegen. Hamburg wird gegenüber dieser Vorgabe deutlich zurückfallen. Schlussfolgerung: die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Krise Ende der 1920er Jahre ist noch längst nicht ausgestanden.

Der Senat hat bei Prognos ein Gutachten bestellt, in dem die Wirkung der Konjunkturpakete in der Stadt untersucht und die Leistung des Senats hervorgehoben werden sollen. Richtig ist die These, dass ohne diese Maßnahmen Hamburgs Wirtschaft schrumpfen würde. Nur ändert das nichts daran, dass politisch gesehen 0,4% Wachstum eine magere Rendite für den Einsatz von 750 Millionen Euro sind. Prognos kassiert

knapp 90.000 Euro für das positive Urteil über die Konjunkturoffensive Hamburgs. Die Verstärkung der Bundeskonjunkturmaßnahmen durch Hamburger Mittel ist ein sinnvoller Schritt. Die Maßnahmen sind allerdings zu spät und zu gering dotiert erfolgt.

Die vorgelegten Zahlen zeigen nur die halbe Wahrheit. Der Hamburger Eigenanteil am Konjunkturpaket II beträgt nur ca. 70 Mio. Euro. Bei den Hamburger Maßnahmen von rund 400 Mio. sind alle Investitionen zusammen gerechnet, die Hamburg bereits geplant hatte. Hamburgs Wirtschaft wird 2010 deutlich hinter dem Bundestrend zurückbleiben. Vor allem für den Arbeitsmarkt ist mit einer deutlichen Verschlechterung zu rechnen.

Auch im Hafen kann von einer Rückkehr über die Nulllinie keine Rede sein. »Die Wirtschaftskrise dauert noch mindestens zwei Jahre. Erst dann werden wir wieder den Stand von 2007 erreicht haben.« Das erklärte der künftige Maritime Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto. »Die Situation ist drückend. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht sich aufgerufen, dass die notwendige Liquidität zur Verfügung gestellt werden kann. Wir werden soweit möglich und verantwortbar die Exportchancen der maritimen Wirtschaft unterstützen«, fügte der FDP-Politiker hinzu. Mehrere Reeder

oder Schiffbauer bekämen bereits Kredite oder Bürgschaften aus dem Deutschlandfonds.

Der Welthandel ist in Folge der Wirtschaftskrise eingebrochen. Frachtraten stürzten ins Bodenlose. Aus Kostengründen beginnen deshalb viele Reedereien ihre Liniendienste neu zu ordnen. Schnelligkeit, das Merkmal des Hamburger Umschlags, ist nicht mehr gefragt. Vom einstigen Großprojekt des Mittleren Freihafens redet mittlerweile niemand mehr.

Jetzt hat der größte Umschlagsbetrieb, die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), angekündigt, den Containerumschlag am Terminal Tollerort stillzulegen. Stattdessen sollen die Flächen auch für andere Dinge genutzt werden. Rückbau statt Ausbau an der Elbe?

Eine Tatsache ist dabei besonders bedenklich: Die Umschlagsbetriebe haben nicht nur krisenbedingt Ladung verloren, sondern auch strukturell. Hamburgs großes Wachstum resultierte in der Vergangenheit aus seiner Bedeutung für die

Versorgung des Ostseeraums. Wegen seiner besonderen Lage wurden viele Güter, die mit großen Schiffen aus Übersee kamen, auf kleinere verladen und durch den Nord-Ostseekanal schnell nach Skandinavien und ins Baltikum transportiert. Doch der Strom ist abgerissen.

Zum einen ging die Nachfrage aus dem Baltikum stark zurück, zum anderen eröffneten sinkende Dieselpreise sowie der entschleunigte Warenverkehr den Reedereien die Möglichkeit, große Schiffe mit mehr Containern außen herum durch den Skagerrak in die Ostsee zu schicken. Frühere Mini-Häfen wie Danzig haben mächtig aufgeholt und locken Reedereien an.

Die Entwicklung facht eine Diskussion darüber an, welche Bedeutung der Hafen für Hamburg in Zukunft überhaupt haben wird. Auch die Optimisten gehen davon aus, dass der Hafen nach der Krise ein anderer sein wird.

Der Hafen benötigt ein Strukturkonzept

Schönrednerei und Flickwerk bewirken gar nichts

von Manfred Steglich



Schwimmdocks im Hamburger Hafen

Der Hafen ist so etwas wie das Herz Hamburgs. Geht es dem Hafen gut, geht es auch der Stadt gut. Insgesamt sind heute ca. 143.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Mit anderen Worten: Nahezu jeder achte Hamburger hat in irgendeiner Weise mit dem Hafen zu tun. Rund 11,5 Mrd. Euro der gesamten Wertschöpfung sind auf den Hafen zurückzuführen, 850 Mio. Euro der Steuereinnahmen der Stadt werden hier generiert. Kein Wunder, dass die Erfolgsgeschichte des »Exportweltmeisters Deutschland« eng mit der imposanten Entwicklung des Hamburger Hafens verknüpft ist. Rekordumschläge bei Gütern und zweistellige Zuwachsraten im Con-

tainerverkehr führten Hamburg bis 2008 zum zweitgrößten Handelszentrum Europas. Doch der Traum immerwährenden Wachstums scheint spätestens mit der schwersten Krise seit der Wirtschaftskrise 1929 ausgeträumt. Insolvenzen, Kurzarbeit, Massenentlassungen. Die Hafenwirtschaft schlägt Alarm, Werften und Reedereien melden »Land unter«. Die gesamte Logistikbranche leidet derzeit unter dem drastischen Verfall der Frachtraten für Container bei gleichzeitig wachsenden Ka-

Manfred Steglich ist Fachreferent für norddeutsche Hafentwicklung bei der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft.

pazitäten. So ging der Güterumschlag im Hamburger Hafen 2009 um rund 20%, der Containerumsatz gar um rund 30% zurück.

Spätestens im Frühsommer 2009 wurde auch denen, die auf eine rasche Erholung der Wirtschaft gehofft und die Krise lange als normale Konjunkturdelle kleingeredet hatten, der Ernst der Lage bewusst. Immer mehr Hamburger Traditionsunternehmen – wie etwa die Sietas-Werft oder die Hapag Lloyd Reederei – gerieten in schweres Fahrwasser und konnten nur durch schmerzhaft Sanierungsmaßnahmen vor der Insolvenz gerettet werden. Nicht zuletzt deshalb hat die Hamburger Linksfraktion den schwarz-grünen Senat um Wirtschaftssenator Gedaschko wiederholt dazu aufgefordert, endlich ein grundlegendes Konzept zur nachhaltigen Stabilisierung der gesamten Hafenwirtschaft und der Regionalökonomie aufzulegen. Passiert ist aber faktisch nichts. Erst nachdem sich auch in Regierungskreisen die Erkenntnis durchgesetzt hatte, wie extrem abhängig Hamburg vom krisengeschüttelten Welthandel ist, und der Druck aus der Wirtschaft, tätig zu werden, immer größer wurde, preschte Anfang Dezember 2009 Senator Gedaschko mit zwei längst überfälligen Projekten vor. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit HPA-Geschäftsführer Jens Meier kündigte er als erste Krisenmaßnahme eine Kostensenkung bei den Hafengeldern an, um dadurch vor allem an Rotterdam und Antwerpen verlorene Marktanteile des Standorts Hamburg zurückzuerobieren. In einer konzertierten Aktion mit den Hafenbetrieben sollen nun die Anlaufkosten teilweise reduziert und neue »Anreizsysteme« geschaffen werden. Damit reagierte Gedaschko unmittelbar auf die wiederholten Klagen von Reedern, nach denen die Gebühren im Hamburger Hafen scheinbar zu hoch sind.

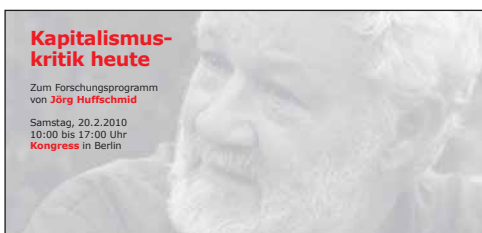
Es hat den Anschein, dass inzwischen also auch der Wirtschaftssenator zu der Einschätzung gelangt ist, dass sich die maritime Wirtschaft nur durch staatliche Eingriffe aus der schweren Krise befreien kann. Leider führt diese Einsicht aber nicht zu den entsprechenden Konsequenzen. Während nämlich aus den Unternehmen ständig neue Hiobsbotschaften über die desolote Auftragslage, grassierende Kurzarbeit und die Kreditklemme kommen, betreibt die schwarz-grüne Regierungskoalition weiterhin ihr Projekt der Schönrederei und des Flickwerks. Perspektivisch hilft es überhaupt nicht weiter, immer nur individuelle Lösungen für einzelne Unternehmen zu ent-

wickeln. Damit werden die Probleme des Hafens nicht gelöst. Da die maritime Wirtschaft aller Voraussicht nach mehrere wirtschaftlich schwierige Jahre vor sich hat, muss ein übergreifendes Strukturkonzept für die Metropolregion Hamburg erarbeitet werden. Die finanzielle Unterstützung angeschlagener Unternehmen ist aus Sicht der LINKEN aber nur mit einer direkten Einflussnahme der Stadt auf deren Geschäftspolitik machbar. Es ist überfällig, dass Hamburg nicht einfach nur zahlt, sondern sich aktiv in die Unternehmenspolitik einmischt und dafür sorgt, dass die schwere Krise nicht wieder auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

Daneben gilt es aber auch, ein (bundes)länderübergreifendes Gesamtkonzept zu entwickeln, das arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Komponenten in angemessener Weise berücksichtigt. Hierbei wird es vor allem darum gehen, eine sinnvolle und strukturierte Arbeitsteilung innerhalb der großen Seehafenstandorte in Hamburg, Bremerhaven, Cuxhaven und Wilhelmshaven aufzubauen, die die überflüssige und unwirtschaftliche Konkurrenz der verschiedenen Standorte beseitigt. Und es werden Grundsatzentscheidungen getroffen werden müssen, welche tief gehenden Containerschiffe in Zukunft überhaupt den Hamburger Hafen anlaufen sollen und welche Investitionen im Seehafenhinterland tatsächlich erforderlich und dabei ökologisch verträglich sind.

In diesem Zusammenhang fordert die Linksfraktion eine rasche Überarbeitung des Gutachtens zur so genannten Fahrrinnenanpassung (Elbvertiefung), in der sowohl die einschneidenden Folgen als auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise Berücksichtigung finden. Notwendig erscheint zudem eine Neufassung des 2009 noch vom ehemaligen Verkehrsminister Tiefensee vorgestellten Nationalen Hafenkonzepts. Hier gilt es zukunftsfähige und realistische Lösungen für die so genannten Hinterlandverkehre zu finden, die umweltfreundliche Transporte wie das Short-Sea-Shipping, also den Kurzstreckenverkehr in Küstennähe, und den Schienengüterverkehr fördern. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive stehen die Einschränkung und Limitierung von Leiharbeit in den Hafenunternehmen, die Beschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse, wie auch der Kampf gegen Lohndumping und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro im Zentrum.

Kongress in Erinnerung an Jörg Hufschmid (19.2.1940-5.12.2009)



Der kritische Ökonom Jörg Hufschmid wäre am 19. Februar 70 Jahre alt geworden. Jörg hat mit seiner Arbeit Akzente für ein Forschungsprogramm gesetzt, an dem aus diesem Anlass weiter gearbeitet werden soll. Attac, Memorandum-Gruppe, EuroMemo-Group, Rosa-Luxemburg-Stiftung, ver.di/Bereich Wirtschaftspolitik und die Zeitschriften »Blätter für deutsche und internationale Politik«, »Sozialismus«, »Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung« veranstalten deshalb am Samstag, den 20.2., in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin einen Kongress. Ich werde mich im Rahmen des Arbeitsgruppe »Finanzmarktgetriebener Kapitalismus« an der Arbeit beteiligen. Der Einladungsflyer mit Infos über Themen und TeilnehmerInnen kann unter www.attac.de oder www.sozialismus.de heruntergeladen werden.

Die Mieten und die etablierten Parteien



Wohnblock auf der Veddel

»Mieterhöhungen gehören zum System, wir sind hier nicht in der DDR.« Mit dieser markigen Äußerung, die er wohl besonders mir zudachte, zeigte der Bürgerschaftsabgeordnete und Vorsitzende der CDU-Bezirksfraktion Mitte, Jörg Hamann, beim letzten Stadtentwicklungsausschuss am 14.1. einmal mehr Flagge. Es erstaunt mich inzwischen nicht mehr wirklich, ein wie klares Geschichts- und Wirklichkeitsbild manch parlamentarischer Vertreter der großen Regierungspartei hat. Erstaunt hat mich allerdings die Presseerklärung der SPD-Bürgerschaftsfraktion am Tag nach dieser Sitzung, auf der es neben der Diskussion um die Mietentwicklung und den Mietenspiegel auch um das damit eng verknüpfte Thema Gentrifizierung gehen sollte. Da wird der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion Mitte und jetzige Bürgerschaftsabgeordnete Andy Grote mit diesen Worten zitiert: »Wir freuen uns, dass durch unsere Initiative das Thema Aufwertung und Verdrängung endlich die bürgerschaftlichen Gremien erreicht hat.« Der eine verteidigt – aus seiner Sicht offensiv – die Mieterhöhungswelle der vergangenen Jahre, der andere geriert sich als tapferer Recke im Kampf gegen die Gentrifizierung; beide kommen aus dem Bezirk Mitte.

Gerade in diesem Bezirk lassen sich die sozialen Verwerfungen am deutlichsten erkennen. Die neuesten Zahlen hinsichtlich der EmpfängerInnen von Sozialleistungen zur laufenden Lebensführung unterstreichen die Dramatik der Lage: Durchschnittlich 21,1% – das sind 61.134 Menschen – waren hier Ende 2008 von solchen Transferleistungen abhängig, mit Abstand gefolgt von den Bezirken Harburg (15,8%) und Bergedorf (13,4%). Die Einkommensarmut ballt sich vor allem im Hamburger Osten: in Rothenburgsort (27,3%), Billstedt (26,6%), Hammerbrook (23,8%) und Horn (21,5%) sowie in St. Pauli (20,6%), auf der Veddel (29,7%) und in Wilhelmsburg (27,4%), allesamt Stadtteile des Bezirks Mitte. Die 20%-Marke wird nur noch in den Stadtteilen Dulsberg (24,1%, Bezirk Nord), Allermöhe (22,0%, Bergedorf), Hausbruch (20,7%,

Harburg) sowie Jenfeld (26,0%) und Steilshoop (24,0%, beide im Bezirk Wandsbek) überschritten.

Auf der anderen Seite sind die BewohnerInnen gerade in einigen Vierteln des Bezirks Mitte mit exorbitanten Mieterhöhungen konfrontiert. Vorneweg St. Pauli, wo die Mieten von 2005 bis 2008/2009 nach Erhebungen des anerkannten Instituts »Forschung+Beratung« um 27,7% angestiegen sind, während gleichzeitig der Anteil der Sozialwohnungen von 17,4 auf 15,3% abgenommen hat. Noch dramatischer erweist sich die anhaltende Verdrängung bei den (überdurchschnittlich geringverdienenden) MigrantInnen: Ihr Anteil ist von 42,2% (1997) auf 27,1% (2007) gesunken. Das ehemals als »schmutzige« bezeichnete St. Pauli liegt mit Neuvermietungspreisen von 10,22 Euro/qm inzwischen nur noch knapp hinter Eppendorf (10,31 Euro/qm)!

Den CDU-Parlamentariern ist diese Entwicklung lange Zeit egal gewesen, sie haben sie sogar begrüßt und aktiv mit betrieben, genügend von ihnen sind schließlich direkt mit der Immobilienwirtschaft verbandelt. Auch die SPD im Bezirk Mitte hat das Problem der Gentrifizierung vor allem in den innenstadtnahen Quartieren über ein Jahrzehnt ignoriert oder eher gefördert. Im November 2002 z.B. haben die damals koalierenden Bezirksparteien SPD und CDU für St. Georg die Einführung einer Sozialen Erhaltungsverordnung einstimmig abgelehnt. Die Begründung des damaligen Sanierungsbeauftragten: »Die Aufwertung ist hier gelaufen, von daher ist eine Erhaltensatzung nicht mehr sinnvoll.« Bezirksamtsleiter Markus Schreiber setzte noch einen oben drauf und meinte, man brauche keine solche Regelung, da es ja bei den Veränderungen lediglich »um die Verdrängung der ersten durch die zweite Akademikergeneration geht«. Der gleiche Schreiber, der sich – genau wie der famose Grote – seit einigen Monaten als tapferer Vorkämpfer gegen die Gentrifizierung darstellt.

Die etablierten Parteien reagieren mit ihrer Neujustierung der Politik (und so mancher populistischen Äußerung) auf die

massiveren Proteste der letzten Monate (Gängeviertel, Frappant, No BNQ, Moorburgtrasse, Recht auf Stadt etc.), die SPD nicht zuletzt auch auf ihre katastrophalen Wahlergebnisse und das Anwachsen der Stimmen für DIE LINKE. Nur so ist zu verstehen, dass Stadtentwicklungssenatorin Hajduk jüngst erklärte, Soziale Erhaltungsverordnungen für St. Georg und St. Pauli würden im Laufe des nächsten Jahres kommen. Dies ist ein Erfolg, auch wenn es mehr als zehn Jahre gebraucht hat, die etablierten Parteien ins Ziel zu tragen.

Die Auseinandersetzungen sind damit jedoch nicht beendet, denn eine Soziale Erhaltungsverordnung samt Umwandlungsverordnung deckelt zwar nachhaltig die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die (auf die Miete umlegbare Luxus-) Modernisierung von Mietwohnungen, nicht aber die Mietenentwicklung. Dies zeigt die Südliche Neustadt,

wo zwar eine Erhaltungsverordnung in Kraft ist und seit zehn Jahren nicht eine einzige Mietwohnung umgewandelt wurde, wo aber trotzdem überdurchschnittliche Mietpreissprünge zu verzeichnen waren.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass der voranschreitende Wohnungsmangel in der Stadt in den nächsten Monaten zu einem schärferen Kampf um bezahlbare Mieten führen wird. In diesem Zusammenhang wird auch der Mietenspiegel und die damit verbundene Wohnlageneinstufung zu hinterfragen sein. Die Auftaktdebatte darum fand auf der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 14.1. statt, erste Informationen dazu habe ich in einer Kleinen Anfrage beim Senat abgefragt. Über die Antwort und die nächsten Stufen der hoffentlich weiterhin von Aktionen der Betroffenen begleiteten Auseinandersetzungen werde ich informieren.

Die SAGA GWG als Preistreiber?!



Die SAGA GWG-Zentrale neben dem Museum der Arbeit in Barmbek

Bekanntlich ist die SAGA GWG zwar noch das städtische Wohnungsunternehmen, allerdings nicht mehr gemeinnützig im engeren Sinne. Tatsächlich muss dieses Unternehmen bis 2011 alljährlich 100 Mio. Euro an das Stadtsäckel abführen, die so genannte Stadttrendite, die letztlich nichts anderes ist als eine gigantische Umverteilung. Denn das Geld wird den MieterInnen der Sozialwohnungen aus der Tasche gezogen, um es an anderer Stelle einzusetzen oder auch zu vergeuden – Stichwort Elbphilharmonie, von der in den nächsten Tagen zu hören sein wird, dass sie nochmals um viele Mio. teurer wird...

Eben weil die SAGA GWG unter Druck ist, den Gewinn zu maximieren – ganz abgesehen von dem »Konsolidierungsbeitrag« in Höhe von 15 Mio. Euro, den es im Rahmen der städ-

tischen Sparpolitik bis 2013 zusätzlich zu erbringen gilt –, lässt dieses Unternehmen keine Gelegenheit aus, Geld aus den (Sozial-) MieterInnen herauszuholen.

- Statt neu zu bauen und damit den seit 2002 stark rückläufigen Sozialwohnungsbestand wenigstens zu erhalten, sind seitens der SAGA 2007 bis 2009 gerade mal 232 Wohnungen neu errichtet, aber 998 verkauft worden.
- Statt dem ursprünglichen Zweck der Sicherung günstiger Mieten nahe zu kommen, lässt die SAGA kaum einen Monat verstreichen (z.B. nach Vorlage des »Mietenspiegels 2009« am 23.11.2009 mindestens für Wilhelmsburg und Altona-Altstadt), nach der Verkündung des neuen Mietenspiegels sofort die Mieterhöhungsverlangen zu verschicken. »Bei der Mietenbildung orientieren sich SAGA und

GWG an den Mittelwerten der jeweils einschlägigen Rasterfelder des aktuellen Hamburger Mietenspiegels«, wie mir der Senat jüngst mitteilte – und damit eine früher einmal anders gehandhabte Mietpreispolitik unterstrich.

- Statt mietspreckelnd zu wirken, hat sich die SAGA im vergangenen Jahrzehnt geradezu zu einem Preistreiber entwickelt. Erhöhungen der Miete nach Auslaufen der Sozialbindung sind nicht selten um bis zu 20% vorgenommen worden. Auch dadurch sind die Mieten bei der SAGA beträchtlich schneller gestiegen als die im Mietenspiegel dargestellte abgebildete Nettokaltmiete. Während laut Hamburger Mietenspiegel die durchschnittliche Miete von 5,77 Euro/qm (1997) auf 6,53 Euro/qm (2007) angewachsen ist (plus 0,76 Euro), ist die SAGA-Durchschnittsmiete stärker emporgeschneit: von 3,78 Euro/qm (1997) auf 4,81 Euro/qm (2007), d.h. plus 1,03 Euro.
- Statt bei der Modernisierung des Wohnungsbestandes Augenmaß walten zu lassen, hat die SAGA in den vergangenen Jahren ca. 70.000 Wohnungen modernisiert, was in über 90% der Fälle zu spürbaren Mietanhebungen führte, bei etwa der Hälfte sogar bis zur Kappungsgrenze von 20%.

Die Wohnungspolitik des städtischen Unternehmens SAGA GWG trägt ihren Teil zur Verschärfung der immer angespannteren Lage auf dem »Wohnungsmarkt« bei. Die Fraktion DIE LINKE wird daher auf der nächsten Bürgerschaftssitzung am 20./21.1. einen Antrag einbringen, um »die SAGA GWG als öffentliches Unternehmen gezielt (wieder) am Mietwohnungsmarkt zu aktivieren«. Gefordert wird darin, dass die SAGA GWG sofort von der Pflicht zur Abführung von Mitteln befreit wird, um ihren ursprünglichen Aufgaben nachzukommen: »der Investition in den Wohnungsneubau und den sozialen Ausgleich am Wohnungsmarkt«. Es geht darüber hinaus darum, auf jegliche Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verzichten, keine Mietpreiswelle nach Aus-

laufen von Bindungsfristen in Gang zu setzen und die mit verschiedenen sozialen Trägern vereinbarten Ziele zur »Wiedereingliederung von Wohnungssuchenden« zu realisieren. Und selbstverständlich wird die »Entwicklung einer Konzeption zur Wiederaufnahme des Sozialwohnungsbaus« auf die Tagesordnung gesetzt.

Wie problematisch die hamburgische Stadtentwicklungspolitik seit geraumer Zeit läuft, lässt sich nicht nur am Wirken der SAGA und ihrer Vorstandsvorsitzenden, der Senatorin Anja Hajduk, ablesen. Auch in anderer Hinsicht trägt der Senat die Hauptverantwortung für eine mehr als nur fragwürdige Grundstücks politik. Man muss sich vor Augen führen, dass auf ehemaligen städtischen Liegenschaften zwischen 2002 und 2008 mit 508.300 qm Bruttogeschossfläche nahezu drei Mal so viel Gewerberaum entstanden ist wie für Wohnzwecke (lediglich 173.800 qm). Im Klartext: Die Stadt hat ihre Grundstücke an renditeversessene Immobilienunternehmen verkauft, die vor allem Büro- und Gewerbeflächen errichtet haben.

Damit ist von städtischer Seite weitgehend darauf verzichtet worden, bei der Vergabe auf den dringend notwendigen Wohnungsneubau zu achten. Der versprochen – allemal im Zuge der favorisierten Höchstgebotsverfahren – zu wenig Einnahmen. Das Ergebnis liegt nun zutage: Rund eine Million Quadratmeter leer stehende Gewerbeflächen, jedes zehnte Büro ist unvermietet. Dieser Gewerbeleerstand entspricht etwa der Größenordnung, die gegenwärtig in der HafenCity entsteht. Da es erhebliche Schwierigkeiten gibt, diese Flächen zu verhökern, weist der Senat kurzerhand den Bezirk Mitte an, mit seinen rund 1.000 MitarbeiterInnen vom Klosterwall auf den Grasbrook umzuziehen. Die bisherige Miete von 8 Euro/qm wird auf 15 Euro/qm nahezu verdoppelt. Und dass gleichzeitig in den Bezirken 800 bis 1.000 Stellen im Zuge der Streichungspolitik des Senats abgebaut werden sollen, treibt die Absurdität auf die Spitze.

Event ist nicht gleich Event

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Großveranstaltung, neudeutsch auch Event genannt, bei der mal eben für einen überschaubaren Kreis von ZuschauerInnen ein paar Schwimmbecken installiert werden, die nach dem Event wieder abmontiert werden, und einem Internationalen Deutschen Turnfest, bei dem Zehntausende in Bewegung kommen und zugleich Völkerverständigung praktiziert werden soll. Deshalb habe ich mich gegen die glücklicherweise gescheiterte, dennoch eine Million Euro teure Bewerbung um die Schwimm-WM ausgesprochen. Und deshalb habe ich mich im Rahmen eines interfraktionellen Antrages für die Bewerbung um die Ausrichtung als Turnfeststadt eingesetzt.

Um zwei weitere Events für das Jahr 2010 gab und gibt es nun Auseinandersetzungen: zum einen die »Harley Days«, zum anderen das »Public Viewing« auf einer Großbildleinwand anlässlich der Fußball-WM auf dem Heiligengeistfeld.

Ich habe gegen eine erneute Ausrichtung der »Harley Days« argumentiert, weil ich die Lärmbelästigung in einem innerstädtischen Bereich für nicht vertretbar halte – das hatte ich bereits im vergangenen Jahr in einem Beitrag in diesem BürgerInnenbrief begründet. Es wäre zwar vermessen, zu glauben, dass der Senat sich diese Position komplett zu eigen gemacht hätte, Fakt ist aber, dass die »Harley Days« 2010 nicht in Hamburg stattfinden werden.

Anders bewerte ich das »Public Viewing« anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Sommer auf dem Heiligengeistfeld, das vermutlich ähnlich wie 2008 begeisterte Fans auf den Platz rufen wird. Lärmbelästigungen dürften nach meinem Dafürhalten hier kaum eine Rolle spielen, denn hier finden regelmäßig der Dom und im benachbarten Millerntor die Heimspiele des FC St. Pauli-Spiele statt. Das vom Senat vorgebrachte Argument, die Kosten für eine Wiederholung



Public Viewing auf dem Heiligengeistfeld 2008

des »Sommertraums« seien zu hoch, hat wenig Überzeugungskraft, denn die städtischen Gesamtkosten von ca. 1,3 Mio. Euro im Jahr 2008 sollen nach Presseberichten weitgehend durch Sponsorengelder und Standmieten eingespielt worden sein. Wegen des massiven Protests in der Stadt musste der Senat in Sachen »Public Viewing« inzwischen zurückrudern: Öffentliches Fußballschauen wird nicht in das zur Zeit ausgerechnet HSH Nordbank-Arena heißende Volksparkstadion

verbannt, sondern bleibt an zentraler Stelle in der Stadt angesiedelt. Zwar kein »Recht auf Stadt«, aber doch ein Recht der Menschen auf diesen Platz konnte so signalisiert werden.

Ich bin also grundsätzlich weder für noch gegen Großveranstaltungen. Die vom Senat an den Tag gelegte Haltung, in der Hoffnung auf ein attraktives »Image« der Stadt und kaufwillige TouristInnen um nahezu jedes Großevent zu buhlen, teile ich allerdings nicht.

Konflikt in der Linkspartei

DIE LINKE leistet sich in der letzten Zeit einen veritablen, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikt. Die Geschichte von Bartsch und Lafontaine hat viele Facetten, persönliche und politische. Der in die Kritik geratene Geschäftsführer der deutschen Linkspartei, Dietmar Bartsch, verzichtet jetzt auf eine weitere Kandidatur als Geschäftsführer.

Nur wenige Tage, nachdem ihn der Fraktionschef Gregor Gysi in aller Öffentlichkeit angegriffen hatte, hat er seinen Rückzug eingeleitet. Bartsch teilte mit, er werde am Rostocker Parteitag Mitte Mai nicht mehr als Geschäftsführer kandidieren. Mit diesem Schritt wolle er die Personaldebatte beenden. Die »Politikfähigkeit« der Partei sei gefährdet. Über ihn seien in extrem kulturloser Weise Lügen verbreitet worden. Den Vorwurf der Illoyalität gegenüber der Partei wies Bartsch erneut zurück.

Oskar Lafontaine hat sich als Vertreter eines konsequenten Oppositionskurses gegenüber allen Spielarten des Neoliberalismus gegen die Anhänger einer eher pragmatischen Politik durchgesetzt, die im Zusammenhang von politischen Bündnissen auch zu Zugeständnissen in Sachen Privatisierung und Personalabbau bereit sind. Ein Bundesgeschäftsführer, der der Position des Generalsekretärs in anderen Parteien entspricht, muss dem Vorsitzenden zuarbeiten, ihm den Rücken

freihalten. Zusammen mit Lafontaine, Gysi und Bisky hat Bartsch bislang die Partei geführt. In diesem Führungszirkel haben Bartsch und Lafontaine nach und nach unterschiedliche politische Optionen vertreten. Während Lafontaine die Politik der Privatisierung, des Rückbaus des öffentlichen Sektors und die Verteilungspolitik kritisiert, sucht Bartsch auch das Bündnis mit den Sozialdemokraten. Hauptgegner seien die Unionsparteien und die FDP, keineswegs die SPD.

Als Lafontaine im vergangenen Jahr die Verhandlungen für eine rot-rote Koalition in Brandenburg kritisierte, weil die GenossInnen eines der Essentials der Politik der LINKEN missachteten (»Kein Stellenabbau im öffentlichen Dienst«), hatten die Brandenburger mit Unterstützung Bartschs längst den Sack zugemacht. Auch Gysi konnte die Realisierung dieser politischen Option nicht mehr auf eine andere Grundlage stellen.

Was kann ein Mitglied und Mandatsträger der Partei zur Versachlichung der politisch-persönlichen Kontroverse tun? Ich habe mich zusammen mit anderen Mitgliedern der früheren WASG für eine Konzentration auf die politisch-programmatische und strategische Dimension eingesetzt. Der Tenor unserer parteiinternen Interventionen kann dem nachfolgenden Dokument entnommen werden.

Eine interventionsfähige, pluralistische LINKE ist unverzichtbar



In den letzten Wochen hat es wachsende Spannungen an der Parteispitze der LINKEN gegeben. Es geht bei unterschiedlichen programmatisch-strategischen Positionen immer auch um Personen. Allerdings sollten bei allen Personaldebatten die inhaltlichen Differenzen deutlich bleiben. Und es

geht darum, dass durch Spannungen und Debatten die Politfähigkeit der Partei DIE.LINKE nicht gefährdet wird.

Vier Jahre nach dem fulminanten Bundestagswahlkampf von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi und zwei Jahre nach dem Zusammenschluss der WASG mit der Linkspartei.PDS zeigt sich, wie brüchig die »vereinigte Partei« noch ist. Wenige Wochen nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl ist die politische Kraft der LINKEN hinter ihre selbst gesteckten und die von ihren WählerInnen eingeforderten Ansprüche zurückgefallen.

In einer Zeit, in der Weichenstellungen über die weitere soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in dieser Republik und in Europa vorgenommen werden:

- über die Verlängerung oder Überwindung einer Systemkrise,
- über die Vertiefung einer durch wachsende Prekarisierung geprägten Klassengesellschaft oder die Erneuerung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit,
- über die Verschärfung rechtspopulistischer Ressentiments und rassistischer Vorurteile oder eine neue politische Kultur von unten,

ist eine interventionsfähige, nach vorne diskutierende, mobilisierungs- und bündnisfähige LINKE jetzt notwendiger denn je.

Doch seit der Entscheidung Oskar Lafontaines, sich wegen seiner schweren Erkrankung zunächst aus den Führungsgremien der Partei zurück zu ziehen, hat sich der schon seit längerem kaum offen ausgetragene Konflikt um die zukünftige

politische Ausrichtung der Partei nun über eine zugespitzte Personaldebatte verschärft. Personaldebatten, die statt inhaltlicher Debatten geführt werden, sind der falsche Weg.

Die Partei hat es bisher versäumt, eine Debatte über Kernfragen – wie z.B. über den Zusammenhang von Übergangsforderungen mit der Zielsetzung einer solidarischen Ökonomie – voranzubringen. Es besteht die Gefahr, entweder im alltäglichen Verbesserungsanspruch stecken zu bleiben oder unkritisch auf überholte Sozialismusvorstellungen des 20. Jahrhunderts zurückzugreifen. Darüber hinaus droht für unsere politische Alternativen, dass mögliche Konsense zerredet werden und eben keine Verständigung auf weitergehende Zielsetzungen erfolgt.

Es ist Ausdruck einer programmatisch-intellektuellen Schwäche der Partei, wenn viele der strategischen Impulse immer wieder nur von wenigen oder personifiziert vom Parteivorsitzenden vorgetragen werden. Leider tut sich unsere Partei schwer mit der Entwicklung einer breiten strategisch-programmatischen Debatte. Die LINKE braucht aber eine kritische Aufarbeitung der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus. Hierzu muss die in diesem Jahr beginnende Programmdebatte dringend genutzt werden.

Nur bürgerliche Parteien können sich darauf beschränken, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse lediglich abzubilden. DIE LINKE muss politische Projekte definieren, die über den Zustand immer wiederkehrender kapitalistischer Krisenverhältnisse hinausweisen. Sie steht in der Tradition, den Gegensatz von Reform und Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben. Die Zukunft dieser Partei kann nur darin bestehen – im Unterschied zur ausgezehrten deutschen Sozialdemokratie –, die in ihr vorhandenen unterschiedlichen Strömungen in konstruktive Richtungsausinandersetzungen zu führen, bei Wahrung der Integrität der Personen, und dafür die Verständigungsplattformen zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE ist darauf angewiesen, dass sie Deutungshoheit in allen ihren Verästelungen entwickelt und nicht »von oben« diktiert bekommt. Deutungshoheit muss unterhalb der Zentrale entstehen.

Die Sofortforderungen – gesetzlicher Mindestlohn, armutsfeste Altersrenten, Abschaffung des Hartz-IV-Systems, Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr – müssen in eine umfassende Strategie zu einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung eingebunden werden.

Alle Strömungen in der Partei sollten sich der großen Verantwortung bewusst werden und in dem weiteren Entwicklungs- und Konsolidierungsprozess den real existierenden Pluralismus als große Chance und als unverzichtbares Potenzial begreifen.

»Die GEW, das Geld und die Moral«



Das Curio-Haus in der Rothenbaumchaussee mit »offizieller« Gedenktafel

Unter diesem provokativen Titel lädt das Politbüro (Steindamm 45) am 31. Januar zu einer szenischen Lesung mit Rolf Becker, Sylvia Wempner und Jürgen Rufenach und Beiträgen des Chores Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein.

Hintergrund der Veranstaltung ist das soeben erschienene Buch »Die Lehrgewerkschaft und ihr »Arisierungserbe« von Bernhard Nette und Stefan Romey. Im Mittelpunkt steht das Gebäude in der Rothenbaumchaussee 19 (»Ro 19«), das jüdische Eigentümer 1935 (!) an den Nationalsozialistischen Lehrerbund Hamburg verkaufen oder verkaufen mussten. 1945 wurde das Haus von der neu gegründeten Gewerk-

schaft Erziehung Wissenschaft (GEW) beansprucht, 1951 wurde es ihr übertragen. Seit Ende der 1990er Jahre gerät die Geschichte des gewerkschaftlichen Treffpunkts in die Kritik und führt zur Anbringung einer GEW-Gedenktafel für die verfolgten jüdischen Voreigentümer. Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu diskutieren, ob die GEW korrekt mit der Geschichte und ihrem Gebäude »Ro 19« umgegangen ist und ob es dazu Alternativen gegeben hätte. Eine Möglichkeit, diese ohne Zweifel wichtige Auseinandersetzung in einer sachlichen und fairen Weise weiterzuführen, könnte diese Veranstaltung darstellen (Eintritt 15,-/10,- Euro, Kartenvorbestellungen unter 280 55 467).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**